

Gärtner-Zeitung

Organ des Verbandes der Gärtner und Gärtnerarbeiter, Sitz Berlin

Veröffentlichungsblatt der Gärtner-Krankenkasse (Ersatzkasse), Sitz Hamburg

Bezugspreis vierteljährlich durch die Post 1,50 M.
vierteljährlich durch Streifband 1,80 M.

Schriftleitung: Berlin S 42, Luisenufer 1. Tel. Mpl. 3725
Postcheckkonto: Berlin 10301, Albert Lehmann

Erscheint alle 14 Tage Sonnabends

Anzeigenpreis: Die sechsgespaltene Millimeterzelle 0,15 Goldmark. Bei Abschlüssen Rabatt, der nur als Kasserabatt gilt. Verbandsmitglieder zahlen für Gelegenheitsanzeigen pro Wort 0,10 Goldmark, das fettgedruckte Überschriftswort 0,30 Goldmark. Die Preise sind freibleibend. Alleinige Anzeigenannahme durch Krieger-Dank G. m. b. H., Berlin SW 11, Königgrätzer Straße 97. Fernsprecher: Hasenheide 2780, 2781, 4718, 4738, 4739, 4759. Postcheckkonto Berlin 47 910.

Für die Zeit vom 2. bis 8. und 9. bis 15. Mai ist der 18. und 19. Wochenbeitrag fällig.

Kontrolle der Mitgliedsbücher.

Vom 15. Mai bis 30. Juni ist in allen Ortsverwaltungen und Zahlstellen eine Kontrolle der Mitgliedsbücher durchzuführen. Nähere Anweisungen werden noch durch die Gauleitungen gegeben werden. Jedes kontrollierte Buch muß hinter der Rubrik für Monat Mai 1926 einen Vermerk über die Kontrolle erhalten. Es ist nicht nur zu prüfen, ob die Beiträge geleistet, sondern auch, ob sie im richtigen Verhältnis zum Stundenlohn entrichtet sind.

Gauleiter gesucht.

Durch den Abgang des Kollegen Martin, Breslau, wird die Stelle des dortigen Gauleiters frei. Bewerber um diesen Posten wollen ihre Bewerbung sofort an uns einreichen unter Angabe ihres Alters, der Dauer ihrer Mitgliedschaft und Art ihrer bisherigen Verbandstätigkeit. Weitere Bedingungen werden dann mitgeteilt. Die Stellung muß bald, spätestens zum 1. Juni besetzt werden.
Der Verbandsvorstand.

Diese Nummer muß allen unorganisierten Kollegen in den westdeutschen Gauen überreicht werden.

Mein Sohn, ziehe nicht an den Rhein!

Nicht im Sinne des bekannten Rheinliedes soll es gelten; wir wollen nicht warnen vor dem rheinischen Wein und dem rheinischen Mädchen. Das wäre überflüssig, denn die derzeitigen Verhältnisse gestatten einen solchen „Zeitvertreib“ nur einigen wenigen Faulenzern mit dem dazu nötigen Mammon. Für die große Masse der werktätigen Bevölkerung sind die wirtschaftlichen Verhältnisse hier wenig beneidenswert. Betriebsstillegungen und die damit verbundene Erwerbslosigkeit mehren sich trotz aller Befreiungsfeiern mit Präsidenten- und Ministerbesuchen. Diese offiziellen und offiziellen Festlichkeiten täuschen dem Fernstehenden eine Stimmung vor, die in Wirklichkeit gar nicht vorhanden ist.

Mit einer gewissen Bitterkeit muß das Gegenteil festgestellt werden: Weder die Räumung des Ruhrgebiets, noch die der Kölner Zone hat den arbeitenden Massen hier im Rheinland eine wesentliche Erleichterung ihrer bedrängten Lage gebracht. Jahrelang lastete der Druck der Besatzung auf den Bewohnern der „Reparationsprovinz“; Zehntausende von Arbeitern haben während dieser Zeit eine zweite Kriegszeit erlebt, und nun, wo die Besatzung verschwunden ist, wartet man hier noch immer auf die versprochene Besserung.

Daß unter solchen allgemeinen wirtschaftlichen Depressionsumständen die Lage unserer Berufskollegen auch keine glänzende sein kann, wird auch dem Uneingeweihten einleuchten. Wir stecken jetzt mitten in der Frühjahrskonjunktur, die hier früher den Gärtner zum begehrtesten Objekt machte. Zu Hunderten waren früher in jeder rheinischen Großstadt unsere Kollegen unterzubringen, und auch die kleineren Städte zeigten eine große Aufnahmefähigkeit.

Diese Zeiten sind nun dahin. Statt steigender Beschäftigungsmöglichkeit haben wir jetzt im Rheinland mit einer Massenarbeitslosigkeit zu rechnen, die sich nicht allein auf die Großstädte beschränkt, wie aus den Veröffentlichungen des Arbeitsnachweises zu ersehen ist. Statt der früheren offenen Stellen zu jeder Sommer- und Winterzeit gibt es jetzt kaum wochen-, ja tagesweise Beschäftigung bis Pfingsten und dann — Aussicht, Stammsunde beim Arbeitsnachweis zu werden. Das ist heute das Los vieler Jünger Floras, die sich das Rheinland als Wirkungs- oder Ausbildungsstätte erkoren haben.

Doch halt! Man soll und darf nicht allzu pessimistisch sein. Es gibt hier bei uns doch noch Orte, wo ein junger Berufsgenosse,

Maientag.

Ich hab' es mir zum Trost eronnen
in dieser Zeit der schweren Not,
in dieser Blütezeit der Schufte,
in dieser Zeit von Salz und Brot.

Ich zage nicht, es muß sich wenden.
Und heiter wird die Welt erstehn,
es kann der echte Keim des Lebens
nicht ohne Frucht verlorengehn.

Der Klang von Frühlingsungewittern,
vor dem wir schauernd sind erwacht,
von dem noch alle Wipfel rauschen,
er kommt noch einmal, über Nacht!

Und durch den ganzen Himmel rollen
wird dieser letzte Donnerschlag;
dann wird es wirklich Frühling werden
und hoher, heller, gold'ner Tag.

Storm.

besonders wenn er von östlich der Elbe herkommt, seinem Beruf mit voller Hingebung nachgehen kann, ja wo ihm erlaubt wird, „in seinem Beruf förmlich aufzugehen“. Wir haben hier im Rheinland gärtnerische Großbetriebe, die bisher von der Wirtschaftskrise vollständig verschont geblieben sind. Hier werden nicht nur echte deutsche Kulturen gefördert, sondern sogar „feindliche“ Filialen unterhalten. Das gibt einen Bombenabsatz in holländischen und belgischen Erzeugnissen und — was die Hauptsache dabei ist — einen glänzenden Profit. Gewächshäuser schießen wie Pilze aus dem Boden, Lastautos, vollbepackt mit fremdländischen Erzeugnissen, rasseln über die rheinischen Landstraßen bis weit in das Westfälische hinein und — glänzende Luxusautos vermitteln die in- und ausländischen Geschäftsbeziehungen der Betriebsinhaber.

Wenigstens ein Trost in dieser schweren Zeit, wird ein Unbefangener denken, da gibt es wenigstens einzelne Oasen in diesem so schwer heimgesuchten Lande, wo auch die Arbeitnehmer am Wirtschaftssegen beteiligt sind. Aber wie kann man nur so etwas denken! Wer kennt nicht die Firmen Beterams, Lamberts, Arends und all die anderen, die als die berufenen Wirtschaftsführer im Rheinland sich aufspielen? Wohl haben die meisten dieser Firmen die Anerkennung der Landwirtschaftskammer für die Rheinprovinz als „mustergültige Lehrbetriebe“; Bescheinigungen als anerkannte Knochenmühlen für Gehilfen führen sie leider nicht, obwohl wir allen diesen Firmen eine derartige Bescheinigung gern und sogar portofrei übermitteln würden. Diese „Wirtschaftsführer“, die trotz Kriegszeit, Besatzung und allgemeiner Volksnot es verstanden haben, durch skrupellose Geschäftsverbindungen mit Freund und Feind sich einen immensen Wohlstand zu „erarbeiten“, scheuten und schreuen sich auch heute noch nicht, ihren Arbeitnehmern „Gagen“ und „Saläre“ zu zahlen, die in Stundenlohn umgerechnet zwischen 35—45 Pf. schwanken. Daß bei solchen „Gehältern“ der junge Berufsgenosse die größten Aussichten hat, bei den Sport-Hungerkünstlern als Konkurrent aufzutreten, wird jeder zugeben, der die Kosten der rheinischen Lebenshaltung kennt. Unlängst erklärte mir ein Kollege der Firma Lamberts Söhne in Trier, daß er zwei Wochen lang das Mittagessen eingespart hatte, um nur das notwendige Reisegeld bis zur nächsten Großstadt aufbringen zu können. Unter solchen und ähnlichen Verhältnissen arbeiten alle die jungen Kollegen, die der Drang nach besserer Berufsausbildung in unsere „Muster-

betriebe“ führt, wenn sie nicht etwa von Hause die nötige pekuniäre Unterstützung erhalten.

Diese Letzteren, die Gärtnersöhne, „Junggärtner“, wie sie sich nennen, sind denn auch tonangebend in diesen Betrieben. Was kümmert diese Muttersöhnchen die allgemeine Not, was haben sie mit Verband und Tariflohn zu schaffen, der Verdienst ist ja etwas knapp, aber man geht doch nur in diese Betriebe, um zu lernen, und da darf man keine Ansprüche stellen, und zudem, — sie sind ja geschützt, Papa hat's ja dazu, also: Fachverein, etwas gaudeamus igitur! Schnell sind die paar Jährchen Ausbildungszeit um, und dann, ja dann wird das väterliche oder auch mütterliche Erbe angetreten. Und wenn man als Benjamin einer Gärtnersfamilie Pech haben sollte, dann rettet einen immer noch eine zeitgemäße Einheitsrat vor dem Proletarierlos.

Diese famosen Zeitgenossen scheiden für unsere Bestrebungen aus. Leider läßt sich aber ein großer Teil der sonstigen Gehilfen in diesen Betrieben, deren Papa nichts hat, befören, nach außenhin dieselbe Rolle zu spielen und so zu tun, als wenn man's hätte, füllt die von Arbeitgebern gehegten und gepflegten Fachvereine und Junggärtnerbünde und sieht erst zu spät ein, wohin das führt. Es wird noch großer agitatorischer Anstrengungen bedürfen, um auch in die Köpfe dieser falsch geleiteten Kollegen neben dem Fachidealismus auch noch etwas nüchternen Wirklichkeitsinn einzupflanzen, der ihnen zu der Erkenntnis verhilft, daß es auch im schönen Gärtnerberuf zweierlei Welten gibt.

Doch nicht allein vom „Erbfeind“, den rheinischen Handgärtnern, wird der arbeitnehmende Berufskollege in seiner Existenz bedrängt, auch die Staatsbehörden und Kommunen, die vielen berufenen und ungerufenen Stellen betrachten den Gärtnerberuf als einen, der keine Existenzberechtigung mehr hat. Nicht allein, daß viele Stadtverwaltungen von der üblichen Saisoneinstellung der Gärtner Abstand nehmen und die Frühjahrsarbeiten in den städtischen Anlagen durch Notstandsarbeiter ausführen lassen, nein, man ist bisher schon soweit gekommen, daß auch private Unternehmen ihre gärtnerischen Arbeiten mit Notstandsarbeitern fertigstellen. Die Notstandsarbeit artet in unserem Berufe schon zum Unfug aus, so daß in absehbarer Zeit überhaupt keine gärtnerischen Arbeiten zum normalen Tariflohn mehr vergeben werden.

So hat der Arbeitsnachweis in Düsseldorf der Gesolei (Ausstellung für Gesundheit, Sozialversicherung und Leibbesitzungen) Erwerbslose aus anderen Berufen zwecks Fertigstellung der gärtnerischen Anlagen überwiesen, während dort heute noch die erwerbslosen Gärtner den Arbeitsnachweis bevölkern. Das kaum Glaubliche ist zur Tatsache geworden: Alle anderen Handwerker und ungelernten Arbeiter, die an der Fertigstellung der Ausstellung arbeiten, werden nach Tarifsätzen bezahlt; die Gärtner werden vollständig ausgeschaltet, und mit Geldern der Erwerbslosenfürsorge werden die Anlagen von berufsfremden Notstandsarbeitern fertiggestellt.

Daß von dieser behördlichen Einstellung auch die Vertreter der Kirchengemeinden ihren Nutzen ziehen, beweisen die Vorkommnisse im Wuppertal. Auch hier werden die den evangelischen Kirchengemeinden gehörigen Friedhöfe von Erwerbslosen in Ordnung gebracht, die Kirchenvorstände ziehen natürlich das übliche Unterhaltungsgeld ein. Man könnte noch viele andere kaum mögliche Vorkommnisse anführen, doch dürfte dies genügen, um das Bild der vollständigen wirtschaftlichen Zerrüttung unseres Berufes hier im Rheinland zu geben. Höher geht's wirklich nimmer! Erwerbslose Fabrikarbeiter tummeln sich gezwungenerweise als Pflichtarbeiter auf gärtnerischen Arbeitsstellen unter Leitung fachkundiger, dafür um so profitlicherer Tiefbaufirmen, und die gelernten und angelernten Gärtner bevölkern im Frühjahr die Arbeitsnachweise, die ihnen keine tariflichen Stellen vermitteln können, da sie ja dorthin berufsfremde Pflichtarbeiter eingesetzt haben, Arbeitslos schon während der Saison!

Solche Zustände sind länger nicht mehr tragbar. Warum sollen wir Gärtner schlechter behandelt werden als die übrigen Berufe? Schon einmal ist von der Kölner Regierung versucht worden, dem Gärtner die Bezugsdauer der Erwerbslosenunterstützung zu kürzen; dank dem energischen Eingreifen unseres Verbandes wurden normale Zustände wiederhergestellt. Sollen wir diese durch nichts gerechtfertigte Bedrückung ruhig hinnehmen? Muß nicht von allen Stellen, soweit sie vorgeben, den Beruf zu vertreten, mit allen Mitteln dagegen eingeschritten werden? Wo sind hier die offiziellen Standesvertreter, die Gartenbaukammern und Ausschüsse und Hauptvorstände, die so schrecklich schreien können, wenn sie bei Zwiebelgeschäften von gerissenen Holländern übers Ohr gehauen werden? Wo stecken die Instanzen, die sich als Gralshüter des Berufes stets bei hohen und höchsten Behörden in empfehlende Erinnerung bringen? Man sucht sie vergebens. Außer einigen schlichthernen Protestversuchen der noch in den Kinderschuhen steckenden Gartenarchitekten und Landschaftsgärtnervereinigungen hat man bis heute noch nichts davon gehört, daß rheinische Prominente auch in irgendeiner Form allgemeine Berufsinteressen vertreten hätten. Nein, diese Herrschaften erscheinen nur dann, wenn persönliche Profitinteressen gefährdet erscheinen, das sind für diese Leute „Berufsinteressen“! Ihr Popanz ist der Geld-

sack, und ist der nicht durch Nizzarosen und Haarlemzwiebeln bedroht, kann sie nichts aus der Ruhe bringen.

Einzig und allein die wirtschaftliche Organisation der Arbeitnehmer, der „Verband der Gärtner und Gärtnerarbeiter“, hat bewiesen, daß er gewillt und auch in der Lage ist, seine ganze Macht und seinen Einfluß dafür einzusetzen, daß allgemeine Berufsmißstände beseitigt werden. Er führt den Kampf nicht nur gegen die Ausbeutungsgelüste des einzelnen Unternehmers, sondern er nimmt auch unerschrocken den Kampf mit den Behörden auf, wenn durch deren Maßnahmen Berufsinteressen verletzt werden. Die Reihen dieser Berufsvertretung, die ehrlich und mit offenen Waffen kämpft, zu stärken, müßte Pflicht eines jeden werktätigen Gärtners sein.

Läßt sich jeder Kollege von diesem Gesichtspunkte leiten, stellt sich in den Dienst seiner Organisation und sorgt für tatkräftige Verbreitung ihres Einflusses, dann werden wir bald nicht mehr zu schreiben brauchen: „Mein Sohn, ziehe nicht an den Rhein“ —, sondern wir werden jauchzend singen: „Nur am Rhein, da möcht ich leben.“

Warzecha.

Friedhofsgeschichten aus dem Wuppertal.

Zu den Betrieben, die unseren Arbeitskollegen auch außerhalb der Saison und im Winter Beschäftigung bieten, gehören neben den staatlichen und kommunalen Gartenverwaltungen die im Besitze der Kirchengemeinden befindlichen Friedhöfe. Das Wuppertal, also die Städte Elberfeld und Barmen, mit einer Gesamtbevölkerung von 355 000 besitzt zwölf größere und einige kleinere solcher Friedhöfe. Auf diesen werden etwa 100 Gärtner und Gartenarbeiter beschäftigt.

Wer nun etwa glaubt, daß diese aufeinander angewiesenen 100 Menschen in Gestalt einer straffen Organisation auch ein Zusammengehörigkeitsgefühl bekunden, der irrt sehr. Deshalb aber auch fehlt es völlig an den eigentlich selbstverständlichen einheitlichen und angemessenen Lohn- und Arbeitsbedingungen. Diese sind so grundverschieden, wie eben möglich. Zunächst die Löhne. Sie bewegen sich zwischen 70 Pf. Stundenlohn für den Vollarbeiter auf den Barmen Friedhöfen bis zu 85 Pf. auf den Elberfelder Friedhöfen. Dieser Unterschied allein schon müßte den Friedhofsarbeitern die Augen öffnen. Wohl keine Körperschaft steht in der heutigen Wirtschaftskrise finanziell so gut da wie die Kirchengemeinde. Während in anderen Betrieben abgebaut wurde, können wir von den Kirchengemeinden das Gegenteil berichten. So konnten z. B. recht kostspielige Gewächshausneubauten errichtet werden.

Die Arbeitszeit ist das einzige Einheitliche, sie beträgt auf allen Gemeindefriedhöfen 10 Stunden (!). Ferien dagegen gibt es bis zu sieben Arbeitstagen nur in einigen Friedhofsbetrieben. Jedoch hat kein Arbeitnehmer einen rechtlichen und einklagbaren Anspruch auf Ferien, denn die betreffenden Kirchengemeinden gewähren aus ihrem übergroßen sozialen Empfinden heraus dieselben ganz freiwillig. Für Überstunden und Schmutzarbeiten werden allgemein keine Aufschläge bezahlt.

Die hier geschilderten Verhältnisse waren jedoch nicht immer so trostlos wie augenblicklich. In den Jahren 1919 und 1920 gelang es uns, die gesamten Friedhofsarbeiter organisatorisch zu erfassen. Sogleich setzten damals auch unsere entsprechenden Bemühungen ein. Unsere erste Aufgabe, der Abschluß eines einheitlichen Manteltarifes, konnte nicht gleich durchgeführt werden, weil die Barmen Kirchengemeinden nur mit „ihren“ Leuten allein verhandeln wollten. Für die Elberfelder Friedhöfe wurde jedoch der für die städtischen Arbeiter gültige Tarif in allen Teilen anerkannt. Auf die Dauer blieben aber die Löhne der städtischen Arbeiter so zurück, daß wir eine andere Regelung unbedingt vornehmen mußten. In den nun folgenden Inflationsjahren waren wir wohl mehr als 100 mal gezwungen, den Schlichtungsausschuß anzurufen, um zufriedenstellende Löhne zu erreichen. Selbst zum Mittel der passiven Resistenz mußten wir greifen, um unseren Lohnforderungen den nötigen Nachdruck zu verschaffen.

Während der Ruhrbesetzung wurden auch die Friedhofsarbeiter auf die „Ruhrweide“ geschickt. Als dann die Stabilisierung eingetreten war, nutzten nunmehr die Gemeinden ihre neue Position dahin aus, daß keiner unserer ehemals führenden Kollegen mehr in einen Friedhofsbetrieb hineinkam. Diejenigen, die wieder eingestellt wurden, kehrten dann mit wenigen Ausnahmen aus Angst und Feigheit der Organisation den Rücken. Und bis heute haben es die Gemeinden verstanden, ihre Betriebe „reinzuhalten“ von organisierten und „hetzerischen“ Kollegen.

Als typisches Beispiel, wie die „toleranten“ Kirchengemeinden gegen Organisierte vorgehen, diene folgendes: Ein Kollege, der niemals an die Öffentlichkeit getreten, sondern in aller Stille seine Verbandsarbeit leistete, hatte auf einem Elberfelder lutherischen Friedhof um Arbeit angefragt und war von dem betreffenden Friedhofsverwalter eingestellt worden. Als er jedoch am nächsten Arbeitstage zur Arbeit erscheint, wird ihm eröffnet, daß er die Arbeit nicht aufnehmen könne, weil er Kassierer des Gärtner-Verbandes sei, weil er ferner nicht mehr der Kirche angehöre und auch seine Kinder zur freien Schule schicke. Nach einer Auseinandersetzung über Staatsbürgerrechte und ähnliches wurde er mit dem Bescheide-

verabschiedet, daß er „später“ mal wieder vorsprechen möchte, da augenblicklich noch einige Gärtner vorgemerkt seien. Solche Züge „christlicher Nächstenliebe“ wollen wir uns merken. Unseren Kollegen auf den Friedhöfen aber sei empfohlen, aus ihrer eigenen Geschichte und der Kirchengeschichte zu lernen. Die Macht der Organisation können sich auch die Unterdrückten gewinnen durch neues Zusammenstehen. In mutiger Entschlossenheit im Berufsverbande unentwegt zusammenhalten, das ist das Mittel, menschenwürdige Arbeitsverhältnisse zu schaffen und Löhne zu erlangen, die uns für unsere Arbeit zustehen. —m.

Streiflichter aus dem rheinisch-westfälischen Industriebezirk.

Hier im Industriebezirk fehlt es an gärtnerischen Großbetrieben. Doch kann und muß noch viel für und durch unsere Organisation geleistet werden. Das Heer der Unorganisierten ist noch ein ziemlich großes. Dieses Problem kann allerdings nicht mit Zeitungsartikeln gelöst werden, sondern hier muß die Mitarbeit jedes einzelnen Mitgliedes einsetzen. Denn erst dort, wo die erforderlichen Vorbedingungen gegeben sind, können wir aktiv werden und die in der Organisation liegende Stärke zu unserem Vorteil ausnutzen. Neue Beweise dafür sind wohl unsere Tarifabschlüsse in Essen und Dortmund. In letzterem Ort gelang es uns, innerhalb dreier Wochen den Stundenlohn von 60 auf 85 Pf. hochzudrücken. Die „Genossenschaft Gartenstadt“, Dortmund, erkannte vor dem dortigen Schlichtungsausschuß für ihren Gärtnereibetrieb den für die Landschaftsgärtnerei geltenden Tarif an; sämtliche dort beschäftigten Kollegen erhielten eine ansehnliche Nachzahlung für einen vollen Monat. Eine weitere interessante Folge war die Einführung der achtstündigen Arbeitszeit. Jetzt verdienen die Kollegen bei der kürzeren Arbeitszeit mehr als vorher bei zehnstündiger. Der Satz ist also wahr: „Lange Arbeitszeit bedingt niedrigen Lohn.“

Viele Kollegen glauben allerdings, man könne ernten, ohne zu säen. Wie in manchen Hirnen sich die Welt malt, welche Wünsche dieser und jener erfüllt sehen will, bevor er zum Eintritt in den Verband bereit ist, dafür ein recht interessantes Beispiel: Schreibt da ein Kollege aus Gelsenkirchen, er sei $4\frac{1}{2}$ Jahre in einem dortigen Gartenbaubetrieb als Betriebsleiter tätig, müsse aber am 31. März die Stellung aufgeben, der Verband möge ihn bei Vermittlung von Stellung berücksichtigen und mit Rat und Tat bei Räumung seiner Dienstwohnung behilflich sein. Nachdem alles das geschehen ist, will er sofort Mitglied unseres Verbandes werden. — Da muß man sich freilich immer erst zur Ruhe zwingen, um bei der Antwort nicht unhöflich zu werden. —

Auf dem Gebiete des Rechtsschutzes mußten wir im verflossenen Jahre allerdings recht tätig werden. Nur einen Fall will ich besonders anführen. Der Kollege D., Stoppenberg b. Essen, ließ dem Arbeitgeber M. in Stoppenberg sechs Monate wegen seiner sauer verdienten Groschen nach, konnte aber nichts locker machen. Erst als er am 30. Januar die Sache dem Verbands unterbreitete, war innerhalb 24 Stunden der Fall erledigt; der Arbeitgeber lieferte den Restlohn von 50 M. auf unserem Büro ab.

Insgesamt wurden im verflossenen Jahre in unserem Bezirk durch Gerichtsverhandlungen und Vergleiche 827,98 M. herausgeholt.

Herr Hinze aus Hagen führt Beschwerde über einen Gefellen, der keine Ahnung von Topfpflanzen haben soll, auch von Landschaft nichts versteht, weder Baum noch Strauch kennt usw. Wir empfehlen Herrn H., sich deswegen mit dem in Frage kommenden Lehrherrs in Verbindung zu setzen; dort dürfte das Hauptübel zu suchen sein. Unsere Organisation können solche Vorwürfe nicht treffen; denn wir bilden keine Lehrlinge aus, tun aber im Interesse der Fortbildung unserer Mitglieder alles Erdenkliche auf dem Gebiete der Fachwissenschaft. Bei dieser Gelegenheit sei darauf hingewiesen, daß gerade in Westfalen sehr viele Garten-Bauern 2—4 Lehrlinge halten, aber keinen einzigen Gehilfen beschäftigen. Sie haben also hier noch das alte Privileg ganz nach Willkür der Lehrlingszüchterei trönen zu können. Da haben wir noch eine ungeheure Arbeit zu bewältigen, um hier Ordnung hineinzubringen und den über Bedarf dem Beruf zugeführten jungen Leuten ein menschenwürdiges Dasein zu verschaffen.

Gelegentlich einer Junggärtnerversammlung in Recklinghausen hielt der Gärtnereibesitzer P. aus Recklinghausen einen Vortrag über „Die Rentabilität einer Gärtnerei“, wobei er recht interessant über die Wahrnehmung aller Vorteile zu klären wußte. So legte er dar, daß es aus Sparsamkeitsrückichten nicht richtig sei, den Kessel abends abzuheizen, weil er dann voll Koks geworfen werden müßte: es würde weniger Koks verbraucht wenn des Nachts mäßig durchgeheizt würde. Die diensthabenden Personen, Gehilfen oder Lehrlinge, könnten doch schlafen und zu schlafen, um morgens mit voller Frische wieder an die Arbeit gehen zu können. Von einer Bezahlung solcher Nachtarbeit hat er natürlich nicht geredet. Hier haben wir also ein praktisches Beispiel, wie sich unsere Arbeitgeber die Erziehung eines guten Nachwuchses denken. — Man braucht willige Menschen, die sich nach allen Regeln der Kunst ausbeuten lassen.

Bekanntlich ist der Verkauf gärtnerischer Erzeugnisse durch die Stadtgärtnereien unseren Arbeitgebern ein Dorn im Auge, und sie setzen alle Hebel in Bewegung, um diese Konkurrenz, an die sie in ehrlichem Wettbewerb nicht heran können, aus dem Wege zu schaffen. Erfolge sind ihnen überall dort beschieden, wo unsere Organisation nicht den erforderlichen Einfluß besitzt. In Bottrop sind die Arbeitgeber sehr wachsam, daß ihnen die Stadtgärtnerei keine Konkurrenz mache. Doch sehen wir uns dort die Firma Triffterer an, die 5—6 Jugendliche oder Lehrlinge unter einem Obergärtner beschäftigt und neben einem Blumengeschäft auch eine Kneipe betreibt. Ja, wenn zwei dasselbe tun, so ist es eben nicht dasselbe. Ob die Gastwirte von Bottrop gegen diese Konkurrenz des Herrn T. auch etwas zu unternehmen beabsichtigen, entzieht sich unserer Kenntnis.

Im vergangenen Jahre konnten wir die obigen Bestrebungen der Unternehmer in Duisburg erfolgreich im Interesse unserer Kollegen abwehren. Einen gleichen Erfolg erzielten wir in diesem Jahre bei der Gemeinde Datteln in Westfalen.

Aus diesen Ausführungen wird jeder Kollege ersehen können, daß Erfolge nur errungen werden können, wenn die entsprechenden Vorbedingungen dazu vorhanden sind. Es wäre falsch, uns auf die Schwäche des Gegners stützen zu wollen, sondern es gilt für jeden Kollegen, stets aktiv an der Ausbreitung des Verbandes mitzuarbeiten. Paul Zinke, Essen.

Der Betriebsrat der Kölner Gartenverwaltung.

Der Betriebsrat ist nicht das geworden, was der Gesetzgeber bei Schaffung des Betriebsrätegesetzes erreichen wollte, geschweige was die Arbeitnehmerschaft erhoffte. Gesetze sind eben nur Richtlinien und dem Kräfteverhältnis im Staat unterworfen. Dieses erkennen und danach handeln ist Pflicht jedes klassenbewußten Arbeiters; nicht beiseite stehen und sich abfinden mit dem Gegebenen, sondern kämpfen gegen alle Widerstände.

In unserem Beruf bestehen Betriebsräte, wenigstens soweit das Rheinland in Frage kommt, fast nur bei den städtischen Garten- und Friedhofsverwaltungen. Über den Betriebsrat der Kölner Gartenbauverwaltung einige Worte.

Für Köln und die weitere Umgebung ist die Stadtverwaltung der größte gärtnerische Arbeitgeber. In der heutigen kritischen Wirtschaftslage ist der Zustrom zu diesem Betrieb naturgemäß sehr stark. Auf jedem Markt, auf dem das Angebot die Nachfrage übersteigt, verliert die Ware an Wert; daß die Ware Arbeitskraft im kapitalistischen Staat von dieser Regel nicht verschont bleibt, ist uns nur zu bekannt. Dieses wirkt sich für die Arbeitnehmerschaft immer recht ungünstig aus. Das Verhalten einzelner Gartenbeamten, die oft auf die lächerlichste Art den Herrenstandpunkt hervorkehren wollen, trägt ebenfalls nicht dazu bei, den Persönlichkeitswert des einzelnen zu steigern. Unser Betriebsrat hat es sich demgegenüber zur vornehmsten Aufgabe gemacht, dahin zu wirken, daß es jedem Kollegen bewußt wird: ich arbeite für die Gemeinschaft und nicht für einen einzelnen Unternehmer. Von dieser Grundlaxe ausgehend müssen wir zu einer wirklichen Mitbestimmung des Arbeiters im Betrieb kommen, auch wenn der Weg dornig ist, weil nur so seine Arbeitsfreudigkeit gesteigert werden kann. Heute wird das noch immer durch ein würdeloses Aufpassersystem zu erreichen versucht.

In seiner vielseitigen Tätigkeit als Interessenvertretung der Kollegenschaft hat der Betriebsrat der Kölner Gartenverwaltung immerhin schon bedeutende Erfolge zu verzeichnen. Allein im letzten Jahre konnten 16 Kündigungen rückgängig gemacht werden. Viele Bestrafungen konnten verhindert werden, da der Verwaltung bewiesen werden konnte, daß den betreffenden Kollegen Unrecht geschehe. Auch bei den umfangreichen Einstellungen bei Schaffung des Grüngürtels wurde oft von den Vorgesetzten ein nicht gerade objektives Werturteil über Kollegen abgegeben. Da ist durch das Eintreten des Betriebsrats mancher zu seinem Recht gekommen. Die Kleinarbeit im Interesse des einzelnen unter Berücksichtigung des Betriebsinteresses erfordert vom Betriebsrat viel Takt und ist nicht immer leicht zu leisten.

Trotz des schwerfälligen Verwaltungsapparates sind die Arbeitsmethoden bei der Gartenverwaltung modernisiert worden. Köln hat in den letzten Jahren der Bürgerschaft einen guten Anschauungsunterricht gegeben durch den Ausbau seiner Anlagen. Je mehr der volkswirtschaftliche Wert öffentlicher Anlagen erkannt wird, um so weniger werden die Gartenverwaltungen als lästige Zuschußbetriebe angesehen werden. Betrachtet die Bürgerschaft ihre Gartenanlagen erst einmal von diesem Gesichtspunkte, dann läßt sich das Ziel: städtische Betriebe sollen Musterbetriebe sein, auch leichter und schneller erreichen.

Eine gewerkschaftlich geschulte Arbeitnehmerschaft ist Vorbedingung, daß dieses Ziel erreicht wird. Der Berufsverband ist die Quelle, aus der geschulte Betriebsräte hervorgehen können. Gerade die Betriebsräte der Garten- und Friedhofsverwaltungen haben die engste Fühlung mit dem Berufsverbande notwendig, um in ihrem nicht leichten Kampf gegen die vielfachen Widerstände gewappnet zu sein. Die Bestrebungen der Erwerbsgärtner den Gemeindebetrieben

gegenüber sind bekannt. Eine verständige Zusammenarbeit mit den Kollegen aller Branchen ist notwendig, wenn der Betriebsrat einer Gartenverwaltung eine Etappe auf dem Wege zum Sozialismus sein soll.

Interessantes aus Ronsdorf.

Ronsdorf, die Residenz unseres „Ritter Georg“, wie voller Hochachtung der bekannte Staudenzüchter Georg Arends im ganzen Bergischen und Rheinland genannt wird, beherbergt in seinen Mauern auch noch einige 60—70 Jünger Floras, die zum größten Teil bei dem obengenannten beschäftigt sind. Auch „organisiert“ ist ein Teil dieser Arbeitnehmer. Allerdings nicht in unserem Verbandsverband, sondern im Gärtnerverein „Edelweiß Ronsdorf“, dessen 1. Vorsitzender und 1. Kassierer die Herren Werner und Erich Arends sind. Herr G. Arends und seine Söhne haben es sich zum Lebensziel gesetzt, die Fachkenntnisse möglichst vieler Gärtnergehilfen zu erweitern, deshalb begründeten und begünnern sie diesen Verein. Das wäre an und für sich ein löbliches Bestreben, das man dann gutheißen könnte, wenn nicht doch noch ganz andere Zwecke mit diesem „Edelweiß“ zu erreichen versucht würden. Mit der fachlichen, theoretischen Ausbildung ist es doch nicht getan; es gilt doch, das erworbene Wissen in klingende Münze umzusetzen. Doch das gilt für Herrn Arends nur persönlich, für sein Personal erkennt er das nicht an; betragen doch die Löhne 55 bis 65 Pfg. pro Stunde. Wir mußten erst vor kurzem wieder feststellen, daß Herr G. Arends für die Bestrebungen, die erworbenen Fachkenntnisse möglichst gewinnbringend zu verwerten, kein Verständnis zeigt. Eine Anfrage wegen Abschluß eines Tarifes beantwortete Herr G. Arends dahingehend, daß die mit den früheren Tarifen gemachten „schlechten Erfahrungen“ ihn zur Ablehnung veranlaßten. Eine Äußerung, die wir nur zu unseren Gunsten auslegen. Doch uns will scheinen, als ob Herr Arends trotz seines „Edelweiß“-Vereins und seiner Förderung der sog. „Junggärtner“-Bewegung und ohne einen Tarifvertrag in seinem eigenen Betriebe „schlechte Erfahrungen“ macht. Denn seine Junggärtner haben da eines schönen Tags Lohnforderungen gestellt. Aber „Ritter Georg“ war freilich dieser Situation gewachsen. Es war ja glücklicherweise eine für ihn nicht ungünstige Zeit. Also er versammelte seine Leute um sich und erklärte ihnen, er sei wohl zu einer Lohnerhöhung bereit, aber — es müßten dann einige Kollegen aufhören. — Sein gutes Herz sträubte sich jedoch dagegen, daß er diesen kündige, deshalb möchten die Kollegen unter sich diejenigen auslösen. — Der Schachzug glückte; die Kollegenschaft verzichtete auf die Lohnerhöhung, und Ritter Georg meinte dann, so hübsch und fein ironisch lächelnd: Was wollt Ihr denn auch eigentlich, Ihr seid doch bei mir nur Lehrlinge! —

So arbeitet die Zeit denn auch in Ronsdorf für uns! — Auch die Mitglieder des „Vereins Edelweiß“ werden sich immer weniger der Tatsache verschließen können, daß neben den Fachkenntnissen auch gewerkschaftliche Betätigung und Kämpfe nötig sind, um unsern berechtigten Forderungen Geltung zu verschaffen. Und wenn ein jeder Kollege Hand anlegt, dieses Ziel zu verwirklichen, so wird es bald mit der Machtstellung der Arends und Genossen vorbei sein.

Mann.

Die Lohnfrage in Remscheid.

Die „Secstadt auf dem Berge“ nennt der Remscheider stolz seine Vaterstadt. Wie vielversprechend das klingt; aber wie enttäuscht die Wirklichkeit, besonders innerhalb unseres Berufes. Das soziale Empfinden der Remscheider Unternehmer ist nicht so weltberühmt wie ihre Industrieartikel. Jahrzehntelange Kämpfe der Arbeiterschaft mußten ihnen erst einiges Verständnis dafür beibringen.

Natürlich lassen sich unsere hiesigen Kräuter in dieser Beziehung von ihren Vettern in der Industrie den Rang nicht ablaufen. Wie sie eingestellt sind, zeigt z. B. die Antwort des Obmannes der hiesigen Unternehmergruppe, des Herrn Georg Arends, Ronsdorf, auf unseren Antrag wegen Tarifverhandlung. Sie bestand in einer einfachen Ablehnung mit der kurzen Begründung: „die Erfahrungen der letzten Jahre seien noch zu frisch“. Ei, gewiß, die Kräuter schreuen unseren Verband wie der Teufel das Weihwasser und den Tarif wie ein junger Ehemann seine Schwiegermutter, und eine persönliche, „freie“ Vereinbarung der Arbeitsbedingungen hat auch noch mancherlei Vorteile. Man schaltet den Einfluß Dritter aus, kann sich seine Leute ansehen und ihnen entsprechende „Leistungs“-Löhne zahlen. Kommt dann wirklich einmal ein Kollege und fordert 80 Pfg. die Stunde mit dem Hinweis, daß der Erdarbeiter schon 76 Pfg. und der Handlanger bei den Maurern sogar 1,05 M. Stundenlohn hat, dann erhält er folgende weise Antwort: „Ja, mein Lieber, das würde ich Ihnen gern auch bezahlen, aber das hat seinen Haken mit unserer Kundschaft; aber ich will mir die Sache durch den Kopf gehen lassen.“ — Und gewöhnlich geht's dann den armen Kräutern nicht nur durch den Kopf, sondern sogar durch Brust und Bauch

bis zum letzten Zeh und rutscht zum Schnürriemenloch wieder hinaus. —

Aber über die Folgen eines solchen Gebarens sind sich die Herren unserer Zunft nicht im klaren. So manchem Kollegen, der bei allen Arbeitgebern das gleiche „Durchdenkopfgehen“ erlebte, wurde die Sache bald leid und er etablierte sich kurzerhand selbst als Unternehmer. Er fragte auch nicht mehr danach, ob die ganzen hiesigen Verhältnisse danach angetan seien, ob der Gärtnerei im allgemeinen dadurch zu helfen sei. So kam es dem dahin, daß Remscheid mit seinen etwa vierzig selbständigen Unternehmern an einer ungeheuren Schmutzkonkurrenz leidet. So ist es erst in letzter Zeit wieder vorgekommen, daß unsere Herren Unternehmer sich in der Tageszeitung für Gartenarbeiten zu einem Lohn von 70 Pfg. pro Stunde anboten.

So kann das nicht weitergehen! Kollegen, Ihr müßt erkennen, daß nur durch den Zusammenschluß aller Arbeitnehmer unsere Existenz gebessert werden kann. Nur durch den Druck von unten werden wir auch unsere Unternehmer zur Achtung der Berufsehre zwingen können. Im gemeinsamen Wirken müssen wir uns selbst die geistigen Waffen schmieden zum erfolgreichen Kampfe nicht nur gegen unsere Unternehmer, sondern auch gegen das rückständige Bürgertum, das unsere Gartenkunst und -Schönheit für Bettelpfennige beansprucht. Werner, Remscheid.

Protest der Gewerkschaften gegen Unternehmerwillkür.

Am 15. März fand im Saalbau zu Essen eine Kundgebung der Vereinigten Industrie- und Handelskammern von Rheinland und Westfalen statt. Bei dieser Gelegenheit hetzten die Scharfmacher gegen den Achtstundentag, gegen die Schlichtungsausschüsse und verlangten einen weiteren Abbau der sozialen Einrichtungen.

Der Präsident der Dortmunder Handelskammer, Herr Dr. Jucho, entwickelte ein Programm, wie es die Unternehmer wünschen. Er lehnte die Gewerkschaften und den Tarifvertrag ab und verlangte die Werksgemeinschaft. Er forderte, daß die Arbeitgeber in der Lage sein müssen, auch unter Tarif arbeiten zu lassen. Alle Fragen des Betriebes, Löhne, Arbeitszeit, Urlaub usw. sollen in der Betriebsgemeinschaft geregelt werden. — Als Gegendemonstration veranstalteten die Gewerkschaften von Rheinland und Westfalen am 29. März eine große Kundgebung. Kollege Fritz Tarnow-Berlin (Vorsitzender des Holzarbeiterverbandes) sprach über „Gegenwärtige Aufgaben deutscher Wirtschaftspolitik“ und forderte:

eine Produktionspolitik durch Zerschlagung der Preisdiktatur und Verdrängung der überflüssigen und falschen Kosten in der Wirtschaft;

eine Lohnpolitik, die die Kaufkraft der breiten Massen hebt und damit erst die Voraussetzungen für vermehrten Absatz und Produktion schafft;

eine Sozialpolitik, die den Grundsätzen der Menschlichkeit und der Zivilisation entspricht, die den wirtschaftlich Schwachen gegen den brutalen Egoismus der Starken schützt, die die Arbeitskraft, den wertvollsten Aktivposten in der deutschen Wirtschaft, vor der Vernichtung bewahrt;

eine Steuerpolitik der sozialen Gerechtigkeit, die nicht dem Ärmsten auch noch die Margarine vom Brot nimmt und dem Steuerbetrug der Reichen Tür und Tor offen läßt;

eine Handelspolitik, die die Initiative ergreift für den wirtschaftlichen Völkerfrieden, die mit gutem Beispiel vorangeht in der Abtragung der internationalen Zollmauern, die getragen ist von der ehrlichen Überzeugung, daß das wirtschaftliche Wohl aller Völker auch das Wohl des eigenen Volkes ist.

Ein Beispiel „objektiver“ Berichterstattung amtlicher Organe.

Im „Zentralblatt des deutschen Landwirtschaftsrats und der Preussischen Hauptlandwirtschaftskammer“ ist in einem Bericht über die Lage der Landwirtschaft unter: D. Feldgemüse, Garten- und Weinbau, folgendes zu lesen: „Im Blumenzwiebelgeschäft sind große Verluste dadurch entstanden, als die Zwiebeln im vorigen Sommer zu denselben Preisen eingekauft werden mußten (7 d. Red.), zu denen im Winter die blühenden Zwiebelgewächse aus dem Auslande eingeführt wurden.“ Das „nationalgesinnte“ Laienpublikum wird entrüstet davon Kenntnis nehmen, wie den „eigenproduzierenden Blumenzwiebel-Bauern“ durch die verdamnte Einfuhr wieder mal das Geschäft vermasselt ist. — Der Kenner der Dinge ist dagegen erstaunt, mit welcher christlich verzeihender Liebe über die Tatsache, daß die Garten-Bauern selbst diejenigen sind, die eine ganz ungeheure Blumenzwiebeleinfuhr und Preistreiberberei verschuldet haben, hinweggesehen wird. Der Hauptlandwirtschaftskammer sind die tatsächlichen Vorgänge natürlich mindestens so gut bekannt wie uns. Für den Fall, daß dem nicht

so sein sollte, möchten wir sie auf Nr. 30 der „Gartenbauwirtschaft“ verweisen, die protokollarische Erklärungen aus einer Besprechung von Vertretern des „Holländischen Blumenzwiebel-Exportverbandes“ und des Reichsverbandes des deutschen Gartenbaues enthält. Einige besonders interessante Punkte seien daraus hervorgehoben.

Die holländischen Vertreter erklärten: „Sie würden es selbst begrüßen, wenn die Überschwemmung Deutschlands mit Zwiebeln verhindert werden könnte; sie seien jedoch ihrerseits nicht in der Lage, dies zu verhindern. Die einzige Möglichkeit sei ihres Erachtens, daß die deutschen Gärtner die Wagnisse des Reichsverbandes tatsächlich berücksichtigen und sich selbst die notwendige Beschränkung auferlegten. Nach ihrer Überzeugung seien die Preise für Blumenzwiebeln allerdings viel zu hoch. Aber diese seien von Angebot und Nachfrage im Weltmarkt abhängig. Die Zurückhaltung deutscherseits sei wohl der einzige Weg, um eine Preisänderung anzubahnen.“

Also wenn die Hauptlandwirtschaftskammer wollte, könnte sie sich schon über die wirklichen Zusammenhänge und Vorgänge unterrichten und dementsprechend weiter berichten. Bloß es würde das ein wenig aus dem Rahmen ihrer Einstellung zu den Zollkämpfen fallen.

Umgestaltung der Berufskammern.

Die Verhandlungen des Unterausschusses des vorläufigen Reichswirtschaftsrates über die endgültige Gestaltung dieses Parlamentes der deutschen Wirtschaft gaben Veranlassung, die Fragen der Wirtschaftsdemokratie, die auf dem Breslauer Gewerkschaftskongreß ausgiebig behandelt wurden, erneut in den Vordergrund zu rücken. In Ergänzung der mündlich erhobenen Forderungen haben am 8. April die Gewerkschaften aller Richtungen eine gemeinsame Eingabe an die Reichsregierung gerichtet, in der dringlichst um die beschleunigte Umgestaltung der öffentlich-rechtlichen Berufskammern ersucht wird.

In der Begründung wird auf die Essener Tagung der Industrie- und Handelskammern, über die wir an anderer Stelle noch berichten, hingewiesen, die mit aller Deutlichkeit zeige, zu welcher Gefahr sich die einseitig nur von Unternehmern gebildeten Kammern für die deutsche Wirtschaft und den sozialen Frieden auswachsen.

Die Unternehmer, die im Dezember 1922 in einem gemeinsamen Beschluß des Verfassungsausschusses sich für die, auf der gleichberechtigten Mitwirkung der Arbeiter und Angestellten beruhenden Umgestaltung der öffentlich-rechtlichen Berufsvertretungen entschieden hatten, setzen jetzt den Bestrebungen auf endliche Durchführung dieser Beschlüsse und damit des Artikels 165 der Reichsverfassung den schärfsten Widerstand entgegen. Diesen zu brechen, muß und wird vornehmste Aufgabe der Gewerkschaften sein. Daß dazu die Spitzen aller Richtungen sich zusammengefunden haben, ist lebhaft zu begrüßen.

„Nationale Aufklärung.“

Der parlamentarische Untersuchungsausschuß ist in dem Fall der beiden Vorsitzenden des christlichen Landarbeiterverbandes, Behrens und Meyer, zum Abschluß seiner Untersuchungen und zu Feststellungen gekommen, denen mit dreizehn gegen die eine Stimme des Kommunisten, also auch durch die deutschnationalen Vertreter, zugestimmt wurde. Diese Feststellungen gehen dahin, daß man seitens der „Vereinigung der Arbeitgeberverbände“ glaubte, mit dem gegebenen Darlehn von 5000 Mark und der durch Behrens unterschriebenen Quittung Einfluß auf den Landarbeiterverband gewinnen zu können.

Die entscheidende Stelle im Beschluß hat folgenden Wortlaut: „Die Hingabe des Geldes an Meyer (für Schulz) erfolgte auf dessen Behauptung hin, daß Herr von Zengen ihm das Geld zur Unterstützung des in Untersuchungshaft befindlichen Oberleutnants a. D. Schulz zugesagt habe. Tatsächlich war dies nicht der Fall. Weder Behrens noch Meyer haben bei Weitergabe des Geldes an Meyer die Frage geprüft, ob diese Weitergabe des Darlehns an Meyer sachlich berechtigt war und dem Willen des Darlehnsgebers entsprach.“

Der Abgeordnete Meyer hat das Darlehen auch dann noch behalten, als ihm im November 1925 infolge einer Unterredung mit Herrn von Zengen nunmehr absolut klar sein mußte, daß seine Annahme über den Zweck des Darlehns irrig war. Der Abg. Meyer ist über diese Unterredung infolge seiner Weigerung, vor dem Ausschuß weiter zu erscheinen, nicht vernommen worden. Der Abg. Behrens hat die Weitergebung des Darlehns an Meyer in einem von ihm unterzeichneten Rundschreiben an die Mitglieder des ZdL, vom 19. Dezember 1925 über die Angelegenheit nicht erwähnt.“

Es wird dann festgestellt, daß Meyer einen Teil des unrechtmäßig für Schulz erhobenen Geldes bis heute nicht zurückgezahlt hat.

Der Allg. Deutsche Gärtner-Kalender 1926

ist noch in einer kleinen Anzahl vorrätig. Wer seine Anschaffung bisher wegen Erwerbslosigkeit zurückstellen mußte, bestelle ihn jetzt sofort. Für 1,10 M. ist er in allen Gauverwaltungen und Zahlstellen zu haben.

Um der „Deutschen Gärtnerzeitung“, dem Organ der Gärtnergruppe dieser famosen Landarbeiter-„Gewerkschaft“, jede Veranlassung zu nehmen, wieder in ihre hysterischen „Schwindel“-Schreikrämpfe zu verfallen, wollen wir uns heute jeder eigenen Anmerkung zu diesen Äußerungen enthalten, sondern lediglich Vertreter der Parteien zitieren, die Behrens und Genossen nahestehen.

Abg. Dr. Schwering vom Zentrum erklärte: „Anfällig mußte es wirken, daß vom Landarbeiterverband als Organisator der Landvolkgenossenschaften ein Mann wie Schulz angestellt wurde, der für diesen Posten gar keine Vorbildung hatte. Die Darlehnsangelegenheit hat im vollen Umfang nicht aufgeklärt werden können. Soviel steht aber fest, daß hier tatsächlich eine Korruptionerscheinung im Anmarsch war, und daß die Öffentlichkeit zur richtigen Zeit Alarm geschlagen hat, um zu verhindern, daß allmählich hier eine große Korruption entsteht.“

Die Abgeordneten Meyer und Behrens haben zweifellos eine gewisse nachlässige Geschäftspraxis in der Darlehnsangelegenheit bewiesen. — Der Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften veröffentlicht gerade heute eine Rechtfertigungserklärung für Meyer und Behrens, in der diese Abgeordneten aufgefordert werden, ihre Vorsitzendenposten im Landarbeiterverband wieder aufzunehmen. So sehr ich mit den christlichen Gewerkschaften sympathisiere, muß ich doch der Erklärung des Gesamtverbandes in vielen Punkten widersprechen. Ich kann den Abgeordneten Meyer und Behrens unmöglich den Vorwurf ersparen, daß sie bei der Angelegenheit — sagen wir einmal — recht fahrlässig in ihrem Geschäftsgebahren gewesen sind.“

Abg. Eichhoff von der Deutschen Volkspartei bemerkte: „Ich bedaure, daß der Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften mit seiner Rechtfertigungserklärung für Behrens und Meyer nicht gewartet hat, bis das Urteil des Ausschusses in diesem Falle vorlag. Meyer und Behrens hätten zweifellos bei der Verwendung der Gelder vorsichtiger sein müssen. Mindestens hätten sie bei der Arbeitgebervereinigung anfragen müssen, ob das zweifellos zu anderen Zwecken gegebene Geld für den neuen Zweck verwandt werden durfte.“

Das Hauptorgan der Zentrumsparlei und oftmalige Sprachrohr der christlichen Gewerkschaften, die „Germania“, bespricht die Feststellungen des Untersuchungsausschusses in einem längeren Aufsatz, aus dem wir folgendes zitieren:

„Wenn man das bisherige Fazit richtig werten will, so muß man bedenken, daß es sich lediglich um ein Teilergebnis handelt, aber dieses besitzt deshalb ein besonderes Interesse, weil sich die gesamten Parteien darauf geeinigt haben. Daraus ergibt sich unzweideutig, daß der Abg. Meyer bei der Heranziehung des ehemaligen Oberleutnants Schulz zum mindesten unvorsichtig gehandelt hat. Man muß sogar seiner Verwunderung darüber Ausdruck geben, daß in den obengenannten Kreisen mit einer an Leichtfertigkeit grenzenden Leichtgläubigkeit Persönlichkeiten aus gewissen Berufsschichten generell mit allzu großem Optimismus beurteilt worden sind, woraus dann natürlich bedenkliche Erscheinungen möglich wurden, wie etwa die Hereinziehung des Erich Klapproth, dem ein Fememord bereits einwandfrei nachgewiesen worden ist! Noch bedenklicher aber erscheint das Verhalten beider Abgeordneten in der Frage der Hingabe des zinslosen Darlehns von 5000 Mark. Auch daß die Rückzahlung des gegebenen Darlehns erst unter dem Drucke der Öffentlichkeit und des sich immer mehr am Horizonte zeigenden Skandals erfolgte, ist eine Tatsache, die kaum auf die Habenseite der genannten Herren gebucht werden kann. Leider muß man auch in diesem Zusammenhange darauf hinweisen, daß die allzu vertrauensseligen Herren Meyer und Behrens beinahe das Opfer des Herrn von Zengen in dem Sinne geworden wären, daß man mit Recht von der Möglichkeit einer sozialen Korruption hätte sprechen dürfen.“

Gegenüber diesen Urteilen dürfte unsere liebe, christliche „D. G.-Z.“ nun wohl ihren gelben Schnabel halten.

Arbeitskämpfe und Tarife

Der Mantel- und Lohntarifvertrag

für die Berliner Landschaftsgärtnerei konnte nach schwierigen Verhandlungen neu abgeschlossen werden. Der Achtstundentag gilt jetzt ohne Einschränkung. Die Überarbeit durch eine neunte Stunde während der Frühjahrsmonate ist be-

seitigt. Die Löhne der Anlagenleiter wurden um 9 Pf., die der eingearbeiteten Gärtner um 5 Pf. und die aller übrigen Gruppen um 3 Pf. erhöht. Damit sind die Spitzenlöhne in Berlin und Hamburg fast gleich. Über die Bewegung wird später ausführlich berichtet.

In der Hamburger Landschaftsgärtnerei ist der von Unternehmerseite gekündigte Mantelvertrag neu abgeschlossen. Die Verschlechterungsanträge der Unternehmer sind abgewehrt, sogar einige kleine Verbesserungen erreicht, z. B. die Erhöhung des Geschirrgeldes von 1 auf 2 Proz.

In Frankfurt a. M. lehnte der Schlichtungsausschuß eine Erhöhung für die Landschaftsgärtnerei ab, für die Handlungsgärtnerei wurde eine Erhöhung von 2 Pf. vorgeschlagen, von den Unternehmern aber abgelehnt. Die endgültige Entscheidung steht noch aus.

In Muskau i. Schl. verlangt die v. Arnimsche Gartenverwaltung einen Lohnabbau von 10 Proz. Verhandlungen führten zu keinem Ergebnis. Voraussichtlich wird der Schlichtungsausschuß entscheiden müssen.

In Kiel wurde durch Schiedsspruch der Landschaftsgärtnerei eine Lohnerhöhung um 2 Pf. zuerkannt. Beide Parteien nahmen den Spruch an.

Für das Holsteinische Baumschulengebiet war der Lohn tarif unsererseits gekündigt. Eine Lohnerhöhung konnte nicht erreicht werden, und wurde der bisherige Vertrag ohne Änderung verlängert.

In dem Staatsbetrieb Wilhelmshöhe bei Kassel wurde für die Kollegenschaft der Schloßbauverwaltung der Zuschlag von 15 Pf. für die Stunde erreicht, der schon seit Jahren für die Kollegenschaft des Schirrhofes (ein Teil der Staatsgartenverwaltung) Potsdam gezahlt wurde. Hierdurch wird der Lohn von 25 Kollegen erheblich verbessert. Zuerst war dieser Zuschlag nur für die gelernten Arbeiter bewilligt, wurde dann aber auch den ungelerten gewährt.

Über die Verlängerung des Reichsmanteltarifvertrages für Gemeindefürbeiter berichteten wir in Nr. 6, Seite 46. Am 25. März hat ein Schiedsgericht über die drei strittigen Punkte einen Spruch gefällt: 1. § 7 Ziffer 2: für dienstplanmäßige Sonntagsarbeit wird ein Zuschlag von 25 Proz. gewährt (konnte bisher bis zu 50 Proz. erhöht werden). 2. § 12 Ziffer 8 bleibt unverändert. (Falls günstigere Urlaubsbedingungen als im RMT. bestehen, kann solche bessere Regelung als Zusatzurlaub weitergewährt werden.) 3. In § 13 Satz 2 wird die Ziffer 50 geändert in 100. Die Sätze 3 und 4 werden gestrichen. (Betrifft Arbeit an Wochenfeiertagen, die bisher mit 50 Proz. Aufschlag bezahlt wurde.)

Die Parteien haben diesen Spruch abgelehnt. Die Möglichkeit einer Verständigung ist noch gegeben.

Blumengeschäfte

Um die Sonntagsruhe.

Immer stärker treten die Bestrebungen auf, die Sonntagsruhe für das ganze Reichsgebiet aufzuheben. Charakteristisch dafür ist der von der Reichstagsfraktion der Wirtschaftlichen Vereinigung eingebrachte Gesetzentwurf, der an allen Sonntagen wieder eine Beschäftigung für die Dauer von vier Stunden zulassen will. Die inzwischen bekanntgewordenen Pläne des Reichsarbeitsministeriums über eine gesetzliche Neuregelung im Rahmen des Arbeitsschutzgesetzes zeigen, daß die Reichsregierung bereit ist, den Gegnern der Sonntagsruhe weitgehend entgegenzukommen.

Gegenüber diesen Bestrebungen haben nunmehr die Gewerkschaften den Kampf aufgenommen. In allen Teilen des Reiches beginnen sich die Angestellten zu rühren und erheben schärfsten Protest gegen die Beseitigung der Sonntagsruhe; sie fordern mit allem Nachdruck die reichsgesetzliche Einführung der vollständigen Sonntagsruhe.

Die Blumengeschäftsangestellten haben vor allem Anlaß, sich zu rühren, denn ihre sonst so kirchenfreundlichen Arbeitgeber bemühen sich besonders stark, eine recht ausgedehnte Sonntagsarbeit zugelassen zu erhalten.

Lehrlings- und Bildungswesen

Obergärtnerprüfungen in Ostpreußen.

Zu den am 5. und 6. März stattgefundenen Obergärtnerprüfungen an der Landwirtschaftskammer zu Königsberg hatten sich 18 Prüflinge gemeldet. Von diesen traten zwei freiwillig zurück. Die verbleibenden 16 Prüflinge unterzogen sich der mündlichen Prüfung. Davon bestanden mit der Note „Sehr gut“ 1, mit der Note „Gut“ 7, mit der Note „Genügend“ 4, nicht bestanden haben 4 Prüflinge. Diese Zahlen beweisen, daß es auch hier im Osten langsam vorwärts geht. F. S.

Lehrlingsprüfungen.

Schlesien.

Nach Abschluß der Frühjahrsprüfungen ist das nachstehende Ergebnis bekanntzugeben:

Geprüft wurden 218 (230) Lehrlinge in 64 (70) Prüfungen. Die erteilten Zensuren waren:

Sehr gut	19 (19) = 8,7 % (8,3 %),
Gut	122 (120) = 56,0 % (52,2 %),
Genügend	76 (87) = 34,9 % (37,8 %),
Ungenügend	1 (4) = 0,5 % (1,7 %).

Dem Prüfling mit dem Ergebnis „Ungenügend“ ist anheimgegeben, die Prüfung im Herbst zu wiederholen.

In den Klammern () sind die Zahlen der Frühjahrsprüfungen des Jahres 1925 angegeben.

Nach nunmehr zehnjähriger Gärtnerlehrlingsprüfung läßt sich ein kleiner Fortschritt auf dem Gebiete der gärtnerischen Ausbildung in Schlesien feststellen, wozu nicht nur die Prüfungen, sondern auch die Gärtnerfachklassen an den Fortbildungsschulen beigetragen haben.

Die Tagebücher waren nur zum Teil gut geführt, im allgemeinen ließen sie viel zu wünschen übrig, was aber mehr auf das Konto der Lehrherren als auf das der Lehrlinge zu buchen ist. Heidelberg.

Zu der am 9. März stattgefundenen Lehrlingsprüfung waren elf Prüflinge gemeldet, darunter eine Gärtnerin. Die Prüfungskommission setzte sich aus zwei Vertretern der Landwirtschaftskammer, sieben Arbeitgebern und einem (!) Arbeitnehmer zusammen. Das Ergebnis der Prüfung war befriedigend; zehn Prüflinge bestanden mit „Gut“ und einer mit „Ziemlich gut“; allerdings waren einige ältere Jahrgänge darunter. Bei den letzteren hat die Kommission die längere Praxis berücksichtigt und dementsprechend die Fragen gestellt. — Es muß immer von neuem die Prüfung aller Lehrlinge und das gleichberechtigte Mitwirken der Arbeitnehmer gefordert werden.

Frankfurt a. M.

Hier standen in diesem Jahre zwölf Lehrlinge zur Prüfung, darunter ein weiblicher. Acht davon bestanden die Prüfung mit „Gut“, zwei mit „Ziemlich gut“ und zwei mit „Genügend“.

Grenzmark.

Der diesjährigen Lehrlingsprüfung unterzogen sich neunzehn Prüflinge. Die Bewertung erfolgte nach dem Punktsystem. Mit „Gut“ bestand nur einer, mit „Ziemlich gut“ bestanden fünf, mit „Genügend“ dreizehn. Zwischen Erwerbs- und Guts-gärtnerereien war ein Unterschied in der Ausbildung nicht zu bemerken.

Berichte

Ein kleines Zeitbild aus Aachen.

Eine Großgärtnerei modernster Aufmachung, in nicht abzusehender Entwicklung. Immer neue Gewächshausanlagen entstehen, der Handelsverkehr dieser „Gartenbauernwirtschaft“ erfordert ein Automobil nach dem andern, auch die privaten Zwecke und Repräsentationspflichten sind ohne Auto nicht mehr zu bewältigen. Und doch ist nicht nur die Firma, sondern vor allem das Personal „geduldig“. Zehn Stunden und noch länger arbeiten die geduligen Gesellen des Herrn Geduldig und erreichen trotzdem noch nicht den tarifmäßigen Wochenlohn. Aber das Bewußtsein, ihrem Chef zu immer größerem Reichtum und Ansehen zu verhelfen, läßt sie gern auf kürzere Arbeitszeit und angemessene Entlohnung verzichten, geduldig warten sie auf ein „besseres Jenseits“. — Doch diese geduldige Atmosphäre schwebt nicht nur über dem genannten Betrieb, sondern ist auch über andere Teile Aachens verbreitet. Selbst in gewissen Landschaftsgärtnereien wird 10 Stunden lang gearbeitet, um mit Mühe und Not, oftmals erst nach zwei- bis dreiwöchigen Warten, den Lohn zu erhalten, den unsere organisierten Kollegen sich in achtstündiger Arbeitszeit und bei pünktlicher Auszahlung zu verschaffen wissen.

Auf den Einzelnen kommt es an!

Aus Velbert wird uns berichtet: Als ich im Herbst vorigen Jahres nach hier kam, war kein Kollege organisiert, unsere frühere gute Zahlstelle tot. Die Mitglieder waren abgereist, selbständig oder durch die Inflation verzweifelt und indifferent geworden. Ich setzte sofort mit der Werbearbeit ein. Schon in der ersten Versammlung gewannen wir 15 Kollegen. Offene Stellen versuchen wir zu besetzen. So gelang es uns erst kürzlich, einen alten Kollegen aus Essen in einer guten Privatstellung unterzubringen. Jetzt versuchen wir, die Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu regeln. Das wird nicht sofort erreichbar sein, aber wir haben uns dies Ziel fest vorgenommen und werden es erreichen.

Gehet hin und tut desgleichen! St.

Tagung der Internationalen Erwerbsgärtner-Vereinigung.

Der Reichsverband des Deutschen Gartenbaues, dieser Repräsentant unserer „über alles nationalen“ Garten-Bauern, hat sich der „Federation Horticole Professionnelle Internationale“, der internationalen Erwerbsgärtner-Vereinigung angeschlossen. Es geschehen also doch noch Zeichen und Wunder. — Aber man kann auch die Seeleute der armen kreuz- und quergeführten Garten-Bauern begreifen, die sich jetzt nicht mehr auskennen, die nicht mehr wissen, sind sie noch treudeutsche nationale Bauern oder internationale Handelsleute.

Wie die „Gartenbauwirtschaft“ mitteilt, findet eine Tagung dieser „Grünen Internationale“ am 27. und 28. Mai in Paris statt. Verhandelt wird die wirtschaftliche Lage in den einzelnen

ändern, internationale Transporte, unlautere Konkurrenz, schwarze Listen und Zollfragen.

Unsere herzlichsten Glückwünsche zur Genesung vom „nationalen“ Fimmel und zur beginnenden internationalen Verständigung des Gartenbaues.

Um die Erhaltung der Bauernkammern in Bayern.

Am 31. März versammelten sich in München die Vertreter der Kreisbauernkammern und der Bezirksbauernkammern, in denen bekanntlich auch ein paar gärtnerische Konzeptionsschulzen sitzen, um gegen die geplante Aufhebung dieser Kammern einstimmigen schärfsten Protest zu erheben.

Sein 25 jähriges Arbeitsjubiläum.

Bei der bekannten Hamburger Landschaftsfirma J. Ochs begeht am 4. Mai unser Kollege Petersen. Sein 25 jähriges Arbeitsjubiläum konnte er schon im verflorbenen Jahre begehen. Wir hoffen und wünschen unserem Kollegen Petersen, daß er noch recht lange in voller Frische in seinem jetzigen Wirkungskreis tätig sein und für unsere Organisation mitwirken kann.

Die Ortsverwaltung Hamburg.

50 Jahre Gärtner!

Wir geben hiermit einem unserer Veteranen selbst das Wort. H. Red.

In anderen Berufen ist 50 Jahre Berufstätigkeit nichts Besonderes, wohl aber bei uns, weil lange Arbeitszeit und schlechte Entlohnung es in den früheren Jahren fast unerträglich machten, in Berufe zu bleiben. Die große Mehrzahl meiner Jugendkollegen hat den Beruf schon frühzeitig an den Nagel gehängt, um sich eine bessere Existenz zu suchen. Ich aber konnte mich vom Beruf nicht trennen, trotz aller Mühsale, die mir bisher beschieden waren. Nach Beendigung meiner Lehrzeit 1879 begab ich mich nach Erfurt zur Firma I. C. Schmidt. Die Arbeitszeit dauerte von 5 Uhr morgens bis 7 Uhr abends bei einem Wochenlohn von 9,— M. Hier hatte ich die Ehre und das Vergnügen, den ersten Gärtnerstreik mitzumachen und mich als „Rausgeschmissener“ nach anderer Arbeit umzusehen. Von 1881 bis 1884 versuchte ich mein Glück in London. Später in den Hofgärtnereien Potsdam und Stuttgart und als Obergärtner bei Jungclausen in Frankfurt a. d. Oder. Überall fand ich keine bleibende Stätte, und trieben mich meist die schlechten Lohnverhältnisse wieder von dannen.

Ich versuchte nun mein Glück als selbständiger „Gartenbauer“, aber auch da blieb mir Gottes Segen versagt, und erneut mußte ich versuchen, wieder eine passende Arbeitsgelegenheit zu finden. Da landete ich in der Privatgärtnerei von Rothschild in Frankfurt a. M., wo ich heute noch tätig bin. Der Lohn war auch hier immer recht bescheiden und tröstete man uns mit einer angemessenen Versorgung im späteren Alter. Aber mit des Geschickes Mächten ist kein ew'ger Bund zu flechten. Während der Inflation hatte die Besitzerin ihre Gelder im Auslande investiert, und da kam es oft vor, daß zur Lohnzahlung für die große Privatgärtnerei keine Geldmittel zur Verfügung standen. Oftmals mußte der Verband eingreifen, um uns die Löhne zu sichern und Kurzarbeit und Entlassungen zu verhindern.

Ogleich nun die verstorbene Besitzerin einige tausend Mark für ihre Leute hinterlassen hat, so blieb doch manche unserer Hoffnungen unerfüllt. Der neue Erbe hat zwar den größten Teil der Leute behalten und sich bisher nur von der besten Seite gezeigt. Trotzdem wissen wir, daß mit fortschreitendem Alter die Gefahr immer näher rückt, daß man eines Tages als zu alt auf die Abbauliste gesetzt wird. Gar oft habe ich darüber nachgedacht, warum gerade der arbeitnehmende Gärtner gar so vielen Leiden und Unbilden ausgesetzt ist, und über die Wege, die unseren Kollegen bessere Existenzmöglichkeiten sichern könnten. Und ich habe immer wieder nur den einen gangbar gefunden: die Solidarität aller Kollegen, die sturmfest und unentwegt an den gestellten Aufgaben arbeitet.

Müller, Frankfurt a. M.

Rundschau

Liebhaber-Aufträge.

In der Landeszeitung für Schwarzburg-Rudolstadt und angrenzende Gebiete stand am 4. April folgendes Inserat zu lesen:

Ein älterer Herr

mit Lust und Liebe zur Gartenpflege, der die Instandhaltung meines Hausgartens aus Liebhaberei übernehmen möchte, wird gebeten, sich mit mir persönlich in Verbindung zu setzen. Gartengerätschaften usw. werden von mir gestellt.

Hofzahnarzt Dr. Reuter, Rudolstadt.

Daß sich auf dieses nicht gerade verlockende Angebot ein „Liebhaber“ gemeldet hat, der dem Herrn Hofzahnarzt umsonst den Garten instand gesetzt hätte, ist billig zu bezweifeln. Die richtige Antwort auf die Zumutung aber wurde dem Herrn

in einer der folgenden Nummern der Landeszeitung erteilt, in der ebenfalls als Inserat folgendes Gesuch aufgegeben war:

Herr in mittleren Jahren, der mein Gebiß aus Liebhaberei in Ordnung bringt, wird gesucht. Geräte usw. werden gestellt.

Hofgärtner A. Schubert.

Für alle „Ehemaligen“ des Rudolstädter Hofes und für die „Residenz“ hat diese gute Antwort natürlich noch ihre besonderen pikanten Reize.

Fürsten und Bischöfe von einst gegen Preiswillkür.

Die Reichsregierung kündigt immer noch Maßnahmen gegen die Preiswillkür von Kartellen und auch Innungen an, ein Kampf, den die Konsumgenossenschaften längst praktisch führen. In früheren Zeiten fackelten die Regierungen nicht lange, wenn es galt, die Konsumenten gegen Preiswillkür zu schützen. In der „Konsumgenossenschaftlichen Rundschau“ vom 12. Dezember gibt Aug. Kasch davon einige Proben; vielleicht können die Regierenden der neuen Zeit etwas daraus lernen.

Am 16. August 1731 erließ Kaiser Karl VI. eine „Kayserl. und Reichs-Constitution wegen Abstellung der Handwerks-Mißbräuche“, in der es unter XIII 3 heißt:

„(Daß) Erstgedachte Handwerker zu Zeiten sich mit einander eigenmächtig eines gewissen Preises ihrer Arbeit dergestalt vereinigen und vergleichen, daß unter ihnen keiner solche geringer verkaufen oder um keinen geringeren Tage-Lohn arbeiten soll, oder wenigstens einer dem anderen in vorstehender Absicht, wie theuer er seine Waare geboten, zu wissen thut, und also der Käufer, oder derjenige, so um den Tage-Lohn arbeiten lässet, selbige ihres Gefallens bezahlen müssen

So sollen solche (Mißbräuche) aller Arten abgestellt, wider die Übertreter mit allem Ernst wirklich verfahren werden, auch zu solchem Ende die Obrigkeiten dieselben ernstlich abstrafen.“

Am 28. Januar 1729 erließ der Fürstbischof Adolph Friedrich zu Eutin eine Polizei-Ordnung, in der es in Cap. XI, von Handwerkern, hieß:

„§ 1. Alle und jede Handwerker in Unser Bischoffthum sollen schuldig und gehalten seyn, ihre Arbeit gut und untadelhaft zu verfertigen, auch nach Art der Materien, es sey Wolle, Leder, Eisen usw., die Arbeit nicht übermäßig theuer, sondern noch Gelegenheit der eingekauften rohen Materie, um billigen Preiß geben, und die Leute zur Ungebühr nicht übersetzen.

§ 2. Insonderheit wird hiemit ernstlich und bey unabittlicher Straffe von 10 Th., welche bey wiederholten Contraventions-Fall, jedesmahl zu schärfen, verbothen, und soll durchaus nicht verstattet werden, daß bey ein, oder andere Handwercke, die Zunft-Brüder sich vereinbahren, wie theuer sie ihre Waaren verkaufen, oder wie hoch sie ihre Arbeit schätzen wollen.

§ 3. Solten aber so gar, die Ämter und Zünfte sich unterstehen, diejenigen von ihren Zunft-Brüdern, so ihre Waare wolfeyley geben, oder ihre Arbeit geringer schätzen, als es etwa von ihnen im Amte oder in der Zunft beliebt, mit einer Geld oder anderen Straffe zu belegen, die sollen desfalls nicht allein nachdrückliche Bestraffung, sondern auch die gänzliche Aufhebung ihrer Privilegien und Amts-Gerechtigkeiten, zu gewärtigen haben.“

Heute jubelt die Händlerpresse, wenn ein Händler, der „seine Waare wolfeyley gibt“, wegen „sittenwidrigen“ und „unlauteren“ Verhaltens gerichtlich bestraft wird — von Rechts wegen!

Bekanntmachungen

Frankfurt a. M. Mittwoch, den 5. Mai, abends 8 Uhr, im kleinen Saal des Gewerkschaftshauses, Stoltzstr. 13, Lichtbildervortrag: „Moderne Friedhofsgestaltung“.

Der Ortsvorstand. I. A. Fritz Fuchs.

Sterbetafel

Am 22. Februar starb das Mitglied der Ortsverwaltung Köln, der Kollege Hermann Reinicke, im 40. Lebensjahre.

Am 1. März starb im 55. Lebensjahre nach langem Leiden die Kollegin Johanna Riedel, eines unserer strebsamsten Mitglieder der Verwaltung Camenz.

Am 31. März verstarb ebenfalls nach langem Leiden unser langjähriges Mitglied, der Kollege Heinrich Meißner von der städtischen Friedhofsverwaltung in Breslau.

Ehre ihrem Andenken!

Bücherschau

Wie reist man in der Schweiz? Ein Wanderbuch zum Lust- und Planmachen. Von Prof. Dr. Karl Kinzel. Mit Berücksichtigung der Städte Freiburg, Basel, Zürich, Genf, Bern, Heidelberg, Frankfurt a. M. nebst Sommerfrischen und 2 Vortouren durch Schwarzwald und Schwäbische Alb. 1925. 9. Auflage. Mit 6 Stadtplänen und 7 Karten. Verlag Friedrich Bahn in Schwerin i. Mecklb. Biegsam in Ganzwädd. 5,80 M. — Dieser treue, zuverlässige und herzerfrischende Reisegefährte für die Schweiz führt jetzt auch planvoll und feinen Sinnes durch die Schwäbische Alb. er sieht alles mit dem offenen Auge des Natur- und Menschenfreundes, man wandert schon gewissermaßen dahinein beim Planmachen, so plastisch ist alles, was man sehen soll, beschreiben. Gleichweise wie die „Schweiz“ sind Kinzels Bücher für Oberbayern und Tirol (15. Aufl. 5,80), Italien (6. Aufl. 5,80) und 147 Sommerfrischen und Stand-

quartiere in Oberbayern und Tirol (5. Aufl. 2,50) neu bearbeitet, und jetzt ganz neu ein treffliches Buch für Norwegen, Schweden, Finnland (7 M.). Ja, das sind Wander- und Reisebücher, wie wir sie brauchen.

Politische oder soziale Demokratie. Ein Beitrag zur sozialistischen Erziehung. Von Max Adler. Umfang 9 1/2 Bogen. Preis kart. 2,50 M., Leinen 3,50 M. E. Laubsche Verlagsbuchhandlung G. m. b. H., Berlin W. 30. — Ausgehend von der Vieldeutigkeit des Wortes und Begriffes „Demokratie“ unternimmt Adler eine tiefgründige begriffliche und soziologische Klärung der Probleme um die Demokratie. Er zieht eine scharfe Trennungslinie zwischen der politisch-formalen, auf der bürgerlichen Rechtsgleichheit beruhenden aktuellen Form der Demokratie und der Demokratie, die wirklich sein wird erst in der kollektivistischen Gesellschaftsordnung, die keine Klassenscheidung mehr kennt. Adler gibt also eine Darstellung der Demokratie vom marxistischen Standpunkte, wobei manche demokratische Illusion zerblasen wird. Für die Gegenwart ergibt sich daraus zwingend die Notwendigkeit einer „Revision des Bewußtseins“, insbesondere im Hinblick auf den politischen und sozialen Inhalt der bürgerlichen Demokratie, die in Gestalt der Republik auf dem Boden der privatkapitalistischen Wirtschaft ja auch für Deutschland Wirklichkeit geworden ist. Die gewohnt

klare Sprache und präzise Formulierung der Begriffe machen das Studium Wertes zu einem Genuß. Es ist die lange vermißte und erwartete Darstellung eines brennend aktuellen Problems, die auch dem Gegner der Adlerschen Weisführung manches Nachdenkliche zu sagen hat.

Der neue Rundfunk. Unter diesem Titel ist für das schaffende Volk eine neue Funkzeitschrift in Berlin erschienen. Sie ist vorläufig 24 Seiten stark erscheint mit allen deutschen und ausländischen Sendeprogrammen; sie ist offizielle Organ des Arbeiter-Radio-Klubs Deutschlands e. V., in Berlin. Im Gegensatz zu den bestehenden bürgerlichen Funkzeitschriften, sich mehr oder weniger in geistiger Gefolgschaft der Sendegesellschaften finden, vertritt „Der neue Rundfunk“ als erstes und einziges Organ die Klanschaung der proletarischen Hörermassen. Die Arbeiterschaft begrüßt es, sie nunmehr ihr eigenes Rundfunkblatt lesen kann. An der weitesten Verbreitung dieser Funkwochenschrift, die zum Preise von 20 Pf. erscheint und Postbezug mit Bestellung ins Haus noch billiger ist, hat die gesamte werktätige Bevölkerung ein lebhaftes Interesse. Bestellungen sind bei der Post, beim L. C. Janiszewski, Berlin SO. 26, Elisabethufer 23-29, oder beim Arbeiter-Radio-Klub Deutschlands e. V., Berlin SO. 26, Oranienstr. 182, aufzugeben.

JAHRESSCHAU DRESDEN 1926

Jubiläums-GARTENBAU-Ausstellung

23. APRIL BIS ANFANG OKTOBER 1926

Dauerausstellung:

Pflanzen-Erzeugung Wissenschaft Pflanzen-Verwendung Industrie u. Technik

Sonderschauen:

- 23. 4. - 2. 5.: Die Frühjahrsblumen-Eröffnungsschau
11. 6. - 14. 6.: Erste Blumenschmuck- mit Raumkunst-Ausstellung
10. 7. - 13. 7.: Erste Rosenschau, Kirchen-, Frühhol- und Frühgemüseschau
7. 8. - 10. 8.: Sommerblumen- und Liebhaberschau
3. 9. - 6. 9.: Herbstblumenschau, zweite Blumenschmuck- und Raumkunst-Ausstellung
7. 10. - 10. 10.: Obst-, Gemüse- und Chrysanthemenschau

Halbfett. Tilsiter-

Form 9 Pf. - Käse M. 5,85 9 Pf. Kugelhäse M. 3,80 Porto Nachn. 1 M.

Holsteinsche Käsefabrik Klünder & Co., Nortorf

Flechtenkranken

teilt gern unentgeltlich mit, wie Sie von Ihrem Leiden schnell u. gut befreit werden. Altbewährt, viele Dankschr. A. Nagelow, Leipzig 82 Rosenthalgasse 7

50 Schreibmaschinen 15 Viervielfältiger 5 Reihenmaschinen neu und gebraucht, billig veräußert C. Grunewald Hartha i. Sa.

Blumen-Töpfe

Blumentöpfe in allen Größen liefert preiswert Aug. Baasch Nachf. Inhaber G. Heinicke Tonwarenfabrik Bitterfeld, Fernspr. 228

Solbarspritzungen

der Obstbäume und -Sträucher gegen Mehltau, Fusicladium, Schildläuse, Stachelbeerräupen usw.

Obstbaumraupen werden vernichtet durch Aresin, Nosprasen, Pomarson

Antinonin gegen Hausschwamm, Mauerfraß usw. Autan (Gas) Caporit (flüssig) für alle Desinfektionszwecke



Zello-Giftkörner gegen Mäuse Zello-Paste gegen Ratten

Erhältlich in den einschlägigen Geschäften

I. G. Farbenindustrie Aktiengesellschaft Abtlg.: Schädlings-Bekämpfungsmittel Leverkusen b. Köln a. Rhein

Dahlien-Knollen, starke, gef. Knollen, gem. Farben f. Schnitt, 10 St. 3,50, 100 St. 30,- G. Scheide, Berlin, Dahlien-Grückerwaren Grotten-Steine f. Gärten u. Wintergärten p. p. Carl Scheide, Grossen i. Thr.

Blumenkasten „Ideal“ Pflanzenkübel aus Eichenholz liefert in allseitig anerkannter Ausführung Carl Brackenhammer, Kirchheim - Teck, (Wittbg.) Katal. frei

Beste Bezugsquelle für Gewebe, Garn und Bindfäden aller Art Gebr. Koch Mech. Seiler-Waren Quecklinburg Verpackungseinen, neu und gebraucht, Schellenleinen, Rippen gefärbt, Bindfäden, Bindgarne Rafflabast, Kokosgarn, Strohddeckenbindfäden Vertreter gesucht

Gute Handelsgärtnerei mit schönem Grundstück, Scheuer, Schuppen usw., 6 1/2 Morgen an Gärtnerzwecken, 1 Morgen Obstgarten, Gewächshaus (180 Frühbeetfenster), ist sofort bei 6 bis 8000 M. anzuhängen zu verkaufen. Näheres persönlich oder gegen 20 Pf. für Rückporto durch Paul Elmer, Rechts- und Grundstücksbüro, Reichenbach i. Schl.

UNKRAUT vertilgt radikal bei einmaliger Anwendung Weils UNKRAUT - VERTILGER. Absolut unschädlich und ungiftig. Per Kilo nur M. 1,50. ARNO WOLF & Co., Duisburg (Rh.)

Mit bedingungslosem Rücksendungsrecht bei Nichtgefallen liefern ich überall hin gegen bequeme Wochenraten von nur 1,- Mandolinen, Laute, Gitarren, Violinen etc., Sprachapparate und Platten, Grammophone, Uhren, Photographische Apparate etc. Ill. Katalog A gratis u. frei. Walter H. Gartz, Postfach 1982A Berlin S 42.

Frühbeetfenster aus bayerischer Kiefer als Spezialität in allen gewünschten Abmessungen sofort lieferbar. Weck & Sohn Bauschreinerei mit Sägewerk Königshütte (Bayern) Post Mitterteich. Bei Gärtnereien gut eingeführte Vertreter gesucht

J. Fritz Scharpf

Blumenzwiebeln-, Dahlien-, Gladiolen-Kultur Gilp / Heemstede / (Holland)

Verlangen Sie kostenfrei unser Spezial-Ang. über Edel-Dahlien, Gladiolen und sonstige Frühjahrsachen. Nur prima Qualität. Ziel wird gern eingeräumt.

Windjacken

eigener Anfertigung in Feldgrau, Oliv und Mode. Ausnahmepreis: M. 12,75. Gegen Nachnahme-Umtausch gestattet. J. B. Krüger, Leipzig 64, Seumestr. 81

„Unkraut-Ex“

das Billigste und radikalste Unkrautvertilgungsmittel für Gartenanlagen, Straßenpflaster, Friedhöfe und Sportplätze.

Absolut unschädlich für Menschen und Tiere. 1 5 10 25 50 100 kg einschl. Verpackung. M. 2,- 7,50 13,- 28,75 52,50 100,- frei Bahnk. u. Post. Für 100 qm genügen 2 Kilo „Unkraut-Ex“. Hamburg! Stolte & Charlier Seumestr. 81